

Kontroverse über die Gemeindefinanzen

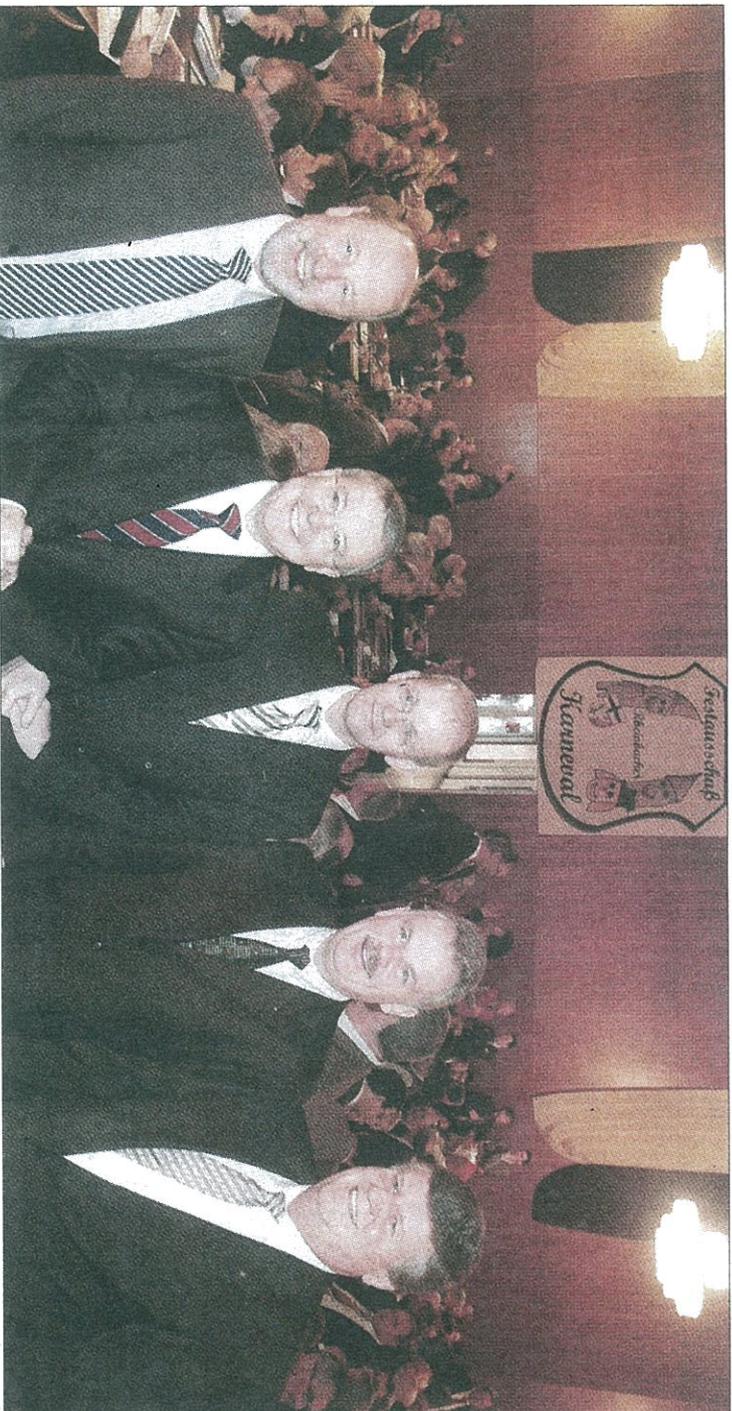
Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes tagte in der Stadthalle Rheinbach

Von VOLKER JOST

RHEINBACH. Seit gestern hat der Rheinbacher Bürgermeister Stefan Raetz (CDU) einen weiteren wichtigen Posten im Gefüge der „kommunalen Familie“ inne: In der Rheinbacher Stadthalle wurde er von 271 Delegierten einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln des Städte- und Gemeindebundes (Nörd- und Rhein-Westfalen (SIGB NRW)) gewählt. Raetz ist bereits Sprecher der 19 Hauptverwaltungsbeamten im Rhein-Sieg-Kreis. Sein Stellvertreter bei der Arbeitsgemeinschaft ist der Bürgermeister von Würselen, Arno Nelles (SPD).

Raetz und Nelles sind damit die Repräsentanten aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Köln, die bis auf ganz wenige Ausnahmen Mitglied im Städte- und Gemeindebund NRW sind.

Im Hauptreferat des Tages forderte dessen Hauptgeschäftsführer Bernd Jürgen Schneider ein Notprogramm zur Sanierung der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen. „Die Kommunen befinden sich in der schweren Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg“, erklärte Schneider. Die kommunalen Haushalte würden buchstäblich zerrieben zwischen wegpre-



Eröffneten die Tagung: Arno Nelles, Landrat Frithjof Kühn, Bernd-Jürgen Schneider, Stefan Raetz und Hans Peter Lindlar. (Foto: Homey)

henden Einnahmen und steigenden Ausgaben und steigernden Kassenkrediten. Auch ein Griff in die Rücklage, was nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) in gewissen Umfang möglich ist, bringe keine Erleichterung. Vielmehr hätten bis 2013 rund zwei Drittel aller NRW-Kommunen ihre Ausgleichrücklage aufgezehrt. Selbst die Erhö-

hung der Gebühren, die zu Recht als bürgerfeindlich wahrgenommen werde, schaffe kaum noch Luft. „Wenig hilfreich sind in dieser Situation immer neue Leistungsver-

sprechen der Politik“, so Schneider. Künftig müsse wieder die Devise gelten „Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen“. Als kurz- und mittelfristiges Maßnahmenpaket

forderte Schneider ein Notprogramm.

Der Kölner Regierungspräsident Hans Peter Lindlar (CDU) mochte diese Darstellung Schneiders so nicht stehen lassen. Die Finanzmisere der Kommunen sei nicht nur von außen aufgezungen, sondern zum guten Teil auch hausgemacht. „Sparen fängt im Kopf an – man muss auch

sparen wollen“, schrieb er den anwesenden Gemeindevertretern ins Stammbuch. Dies könne er jedoch nicht überall erkennen. So schafften dieses Jahr gerade mal noch zwei von 100 Kommunen im Regierungsbezirk einen strukturellen Haushaltsausgleich. „Neun Kommunen im Regierungsbezirk werden bereits in diesem Jahr ihr komplettes Eigenka-

pital verbrauchen haben“, sagte Lindlar kopschüttelnd voraus. Angesichts der Milliardensummen, die allein in den vergangenen Jahren durch die verschiedenen Konjunkturpakete über das normale Maß hinaus in die Kommunen geflossen sein, könne man sich nur fragen: „Wie viel Geld soll man noch in die Kommunen hineinpumpen, bis sich etwas verändert?“

Der Regierungspräsident plädierte für eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit in bestimmten Aufgabenbereichen. Er bemängelte auch eine fehlende Perspektive bei den kommunalen Spitzenverbänden, die sich wegen andauernder Interessenkonflikte untereinander nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen könnten und damit eine sinnvolle Gemeindefinanzreform blockierten.

Lindlar ging auch auf die Gründe für die Entscheidung ein, die beiden gewünschten Gesamtschulen in Alffer und Morsbach nicht zu genehmigen. Beide Kommunen hätten diese Schulen allein aus dem eigenen Schüleraufkommen nicht füllen können, weshalb die Gefahr der Kannibalisierung von Schulen in den umliegenden Kommunen bestanden habe. Dies zeige einmal mehr, wie wichtig eine regionale Schulentwicklungsplanung sei.

Bonner Rundschau 20.7.2010